

Wahlbeteiligung – vielleicht sollten wir sie doch ernst nehmen...

Bei der Euphorie über die neuen, grünen Akzente in der Tiroler Landesregierung wird oft vergessen, auf die immer steigende Anzahl an Bürger_innen hinzuweisen, die den Wahlen und damit auch den zentralen politischen Prozessen unserer Demokratie zusehends den Rücken zukehren. In der Landeshauptstadt Innsbruck lag die Wahlbeteiligung bei dieser Landtagswahl erstmals unter 50%, tirolweit bei knapp über 60%. Auch bei den beiden anderen Landtagswahlen, die 2013 in Kärnten und Salzburg geschlagen wurden, war die Wahlbeteiligung so niedrig wie noch nie.

Eine Ursache für die sinkende Wahlbeteiligung ist einerseits sicher in der lange vorherrschenden Wahlpflicht in Österreich zu verorten, die dazu führte, dass Österreich von einem hohen Wahlbeteiligungs-Niveau aus startete. Wenn auch eingeräumt werden muss, dass die Wahlbeteiligung nur *ein* Indikator für politische Beteiligung und in Österreich noch nicht auf einem alarmierenden Niveau angelangt ist, ist der steigende Anteil an Nichtwähler_innen doch auch andererseits Ausdruck einer Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen und Akteur_innen in Österreich.

Viele Menschen in Tirol interessieren sich nicht für Politik und haben auch ein geringes Wissen über politische Zusammenhänge. Hier muss die Politik aktiv werden und verstärkt auf politische Bildung setzen. Viele Nichtwähler_Innen entscheiden sich jedoch auch bewusst dafür, sich nicht an Wahlen zu beteiligen, um damit ihren Protest an der Politik der Regierungsparteien oder dem aktuellen Ist-Zustand zu äußern. Es wird zukünftig nicht mehr ausreichen Wähler_Innen alle fünf Jahre mit bissigen Plakat-Slogans zur Urne zu locken. Die Politik muss – will sie sich weiterhin auf eine breite Legitimationsbasis berufen - im ständigen Diskurs mit den Bürger_innen stehen. Denn die Nichtwähler_Innen sind zurzeit die stärkste politische Kraft in Tirol, auch ihre Stimme muss gehört werden.

Die niedrige Wahlbeteiligung muss aber auch als Auftrag an die Tiroler Medienlandschaft gesehen werden. Bürger_innen wollen besonders in Wahlkampfzeiten über politische Inhalte informiert werden und haben kein Interesse an Medien, die selbst versuchen Politik zu machen, oder den Spekulationen über den Wahlausgang mehr Platz als einem inhaltlichen Diskurs über die unterschiedlichen, politischen Positionen einräumen.

Kurz vor dem Wahltag kursierte eine Stellenanzeige für die neue Kulturlandesrätin / den neuen Kulturlandesrat, die von einer Gruppe engagierter Bürger_innen in Umlauf gebracht wurde. Das Anforderungsprofil wirkt auf den ersten Blick zwar anspruchsvoll – entspricht auf einem zweiten Blick aber genau dem, was sich Bürger_innen von ihren Politiker_innen im Allgemeinen und einer Kulturlandesrätin / einem Kulturlandesrat im Konkreten erwarten. Erschreckend war, dass dieses Stellenprofil weder in den Tiroler Medien, noch in der Tiroler Politik Resonanz erzeugt hat. Solange kommerzielle Medien Stimmen der Zivilgesellschaft keinen Platz einräumen und die Politik diese Stimmen und Anforderungen nicht ernst nimmt, werden zukünftig immer weniger Menschen gerne zur Wahl gehen.